



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

VII ZB 48/05

vom

20. Dezember 2005

in dem Zwangsvollstreckungsverfahren

Nachschlagewerk: ja

BGHZ: nein

ZPO § 811 Abs. 1 Nr. 13

Ein Grabstein ist wegen einer Geldforderung grundsätzlich jedenfalls dann pfändbar, wenn er unter Eigentumsvorbehalt geliefert wurde und der Steinmetz wegen seines Zahlungsanspruchs vollstreckt.

BGH, Beschluss vom 20. Dezember 2005 - VII ZB 48/05 - LG Kassel
AG Eschwege

Der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 20. Dezember 2005 durch den Vorsitzenden Richter Dr. Dressler, die Richter Dr. Kuffer, Bauner, die Richterinnen Dr. Kessal-Wulf und Safari Chabestari

beschlossen:

Auf die Rechtsbeschwerde wird der Beschluss der 3. Zivilkammer des Landgerichts Kassel vom 13. Januar 2005 aufgehoben.

Die Sache wird zur erneuten Entscheidung, auch über die Kosten der Rechtsbeschwerde, an das Beschwerdegericht zurückverwiesen.

Beschwerdewert: 1.105 €

Gründe:

I.

- 1 Die Gläubigerin betreibt gegen die Schuldner die Zwangsvollstreckung wegen eines titulierten Zahlungsanspruchs aus einem Vertrag über die Lieferung eines Grabmals.
- 2 Nach dem Tode ihrer Mutter bzw. Schwiegermutter beauftragten die Schuldner die Gläubigerin mit der Herstellung und Montage einer so bezeichneten Einzelurnengrabstätte aus Granit bestehend aus der Grabeinfassung und einem Liegemal mit Beschriftung zum Preis von 1.105 €. Eigentumsvorbehalt war vereinbart. Die Schuldner zahlten nicht. Die Gläubigerin erwirkte über ihren

Zahlungsanspruch einen Vollstreckungsbescheid. Vollstreckungsversuche blieben erfolglos; die Schuldner gaben die eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO ab.

3 Die Gläubigerin hat den Gerichtsvollzieher beauftragt, das Grabmal zu pfänden. Das hat dieser abgelehnt. Die Erinnerung der Gläubigerin hat das Amtsgericht zurückgewiesen. Ihre sofortige Beschwerde ist erfolglos geblieben. Dagegen richtet sich ihre vom Beschwerdegericht zugelassene Rechtsbeschwerde.

II.

4 Die Rechtsbeschwerde hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und zur Zurückverweisung der Sache an das Beschwerdegericht.

5 1. Das Beschwerdegericht führt aus, ein Grabstein sei gemäß § 811 Abs. 1 Nr. 13 ZPO unpfändbar. Die Vorschrift diene dem Schutz des Pietätsempfindens und der Totenruhe. Unter den daher nicht zu eng einzugrenzenden Begriff der Bestattung falle auch als abschließende Maßnahme das Aufstellen des Grabsteins, auch wenn das regelmäßig erst mehrere Wochen nach der Beerdigung erfolgen könne. Unerheblich sei, dass die Gläubigerin ihren eigenen Werklohnanspruch verfolge und unter Eigentumsvorbehalt geliefert habe. Einer unterschiedlichen Behandlung gegenüber anderen Gläubigern fehle die gesetzliche Grundlage. Vorbehaltsverkäufer seien nur in den in § 813 Abs. 2 ZPO genannten Fällen bevorzugt. Die Gläubigerin könne ihr Eigentum durch eine Herausgabeklage und entsprechende Vollstreckung durchsetzen.

6 2. Das hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand. Das von der Gläubi-
gerin gelieferte Grabmal ist nicht unpfändbar.

7 a) Die Unpfändbarkeit ergibt sich nicht aus § 811 Abs. 1 Nr. 13 ZPO.

8 aa) Nach dieser Vorschrift sind unpfändbar die zur unmittelbaren Ver-
wendung für die Bestattung bestimmten Gegenstände. Ob hierzu auch Grab-
steine oder Grabmäler (im Folgenden nur noch: Grabstein) gehören, ist in
Rechtsprechung und Literatur umstritten (vgl. die Nachweise bei Zöller/Stöber,
ZPO, 25. Aufl., § 811 Rdn. 37 und bei Schuschke/Walker, ZPO, 3. Aufl., § 811
Rdn. 45). Die diese Frage verneinenden Stimmen legen die Vorschrift dahin
aus, dass nur solche Gegenstände erfasst seien, die unmittelbar der Bestat-
tungshandlung selbst zu dienen bestimmt seien, wie etwa der Sarg oder das
Leichenhemd (z.B. OLG Köln, JurBüro 1991, 1703). Nach der Gegenansicht
soll das Wort "unmittelbar" nur den Sinn haben, dass sich ein aktueller Trauer-
fall in der Familie des Schuldners ereignet haben müsse, dem die Bestattungs-
gegenstände dienen sollten (z.B. Wacke, DGVZ 1986, 161, 163). Eine Unter-
scheidung zwischen dem Vorgang des Bestattens und dem sich anschließen-
den Zeitraum des Bestatteteins sei nicht angebracht. Entscheidend sei der
Widmungszweck gegenüber dem Grab (z.B. LG München I, DGVZ 2003, 122).

9 bb) Der Senat entscheidet die Streitfrage dahin, dass Grabsteine nicht
unter die Vorschrift des § 811 Abs. 1 Nr. 13 ZPO fallen.

10 (1) Ein Grabstein ist kein Gegenstand, der zur unmittelbaren Verwen-
dung für die Bestattung bestimmt ist. Das Wort Bestattung beschreibt einen
Vorgang, nämlich alle Handlungen, die notwendig sind, um den Verstorbenen
zu bestatten. Alle Gegenstände, die bei diesem Vorgang unmittelbar Verwen-
dung finden sollen, sind unpfändbar. Zwischen dem Vorgang der Bestattung
und dem Gegenstand, der vom Pfändungsverbot erfasst sein soll, muss ein di-

rekter Zusammenhang bestehen. Das ist bei einem Grabstein, bis zu dessen Aufstellung geraume Zeit vergehen kann (bei Grabmälern u.U. sogar Jahre, vgl. den vom Landgericht Hamburg, DGVZ 1990, 90 entschiedenen Fall), nicht der Fall. Er dient nicht der Bestattung, sondern danach dem Andenken des Verstorbenen.

11 (2) Das Verständnis des Wortes "unmittelbar" dahin, dass nur ein Bezug zu einem aktuellen Trauerfall gegeben sein müsse, entfernt sich zu sehr vom Wortlaut der Vorschrift. Dass diese nicht Bestattungsunternehmen, Sargfabrikanten, Friedhofsgärtner und ähnliche Unternehmen schützen soll, sondern die Familie des Schuldners, in der ein Todesfall zu beklagen ist (Schuschke/Walker, ZPO, 3. Aufl., § 811 Rdn. 45), ergibt sich bereits aus dem Normzweck. Diese Zielrichtung sagt noch nichts darüber aus, auf welche einzelnen Gegenstände sich der Schutz der Vorschrift erstreckt.

12 (3) Die ausdehnende Auslegung des Wortes "Bestattung" dahin, dass auch der anschließende Zustand des Bestattetseins erfasst werde, ist ebenfalls nicht mehr vom Wortlaut der Norm gedeckt. Dieser Zustand kann sich über viele Jahre hinziehen. Er kann nicht mit dem Vorgang der Bestattung gleichgesetzt werden. Hätte der Gesetzgeber einen derart weiten Anwendungsbereich der Norm gewollt, wäre es ein Leichtes gewesen, dies durch eine entsprechende Formulierung klarzustellen.

13 b) Ob sich ein übergesetzliches Pfändungsverbot außerhalb von § 811 Abs. 1 Nr. 13 ZPO aus Pietätsgründen ergeben kann (so z.B. Kammergericht, DGVZ 1935, 286 = JW 1935, 2072 und Zöller/Stöber, ZPO, 25. Aufl., § 811 Rdn. 37), muss der Senat nicht abschließend entscheiden. Ein derartiges Pfändungsverbot kann jedenfalls dann nicht gelten, wenn der Steinmetz den Grabstein unter Eigentumsvorbehalt geliefert hat und wegen seines Zahlungsan-

spruchs vollstreckt (Kammergericht, Zöller/Stöber jeweils aaO). In diesem Fall müssen Pietätsgesichtspunkte zurücktreten. Der Steinmetz könnte seinen Herausgabeanspruch klageweise durchsetzen und nach § 883 ZPO vollstrecken. Der Schuldner könnte sich demgegenüber weder auf ein gesetzliches Pfändungsverbot noch auf Pietätsgesichtspunkte berufen (Zöller/Stöber aaO, § 811 Rdn. 2 und § 883 Rdn. 10; Schuschke/Walker, ZPO, 3. Aufl., § 811 Rdn. 3, 45). In diesem Fall spielen weder das Andenken des Verstorbenen noch das Pietätsempfinden des Schuldners eine Rolle. Es besteht kein Anlass, diesen Gesichtspunkten gegenüber einem Steinmetzen, der nicht den Herausgabe-, sondern den ebenfalls durch Art. 14 GG geschützten Zahlungsanspruch verfolgt, Vorrang einzuräumen. Der Schuldner hat diese Situation dadurch, dass er seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen ist, selbst herbeigeführt.

14

3. Danach ist die von der Gläubigerin hergestellte und montierte Urnengrabstätte grundsätzlich pfändbar. Der Senat kann jedoch in der Sache nicht abschließend entscheiden. Denn das Beschwerdegericht hat, von seinem Standpunkt aus folgerichtig, noch keine Feststellungen dazu getroffen, ob die Friedhofsverwaltung der Pfändung zugestimmt hat. Ihre Zustimmung ist gemäß § 809 ZPO erforderlich. Dabei kann offen bleiben, ob die Friedhofsverwaltung

Alleingewahrsam an der Grabstätte hat (vgl. Wacke, DGVZ 1986, 161, 162).
Denn jedenfalls hat sie neben den Erben Mitgewahrsam (vgl. Zöller/Stöber
aaO, § 811 Rdn. 37, § 809 Rdn. 4).

Dressler

Kuffer

Bauner

Kessal-Wulf

Safari Chabestari

Vorinstanzen:

AG Eschwege, Entscheidung vom 08.10.2004 - 3 M 2049/04 -

LG Kassel, Entscheidung vom 13.01.2005 - 3 T 699/04 -